

BERICHTAUS BRÜSSEL

Aktuelle Meldungen aus der Europapolitik



Herausgegeben vom DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V. | Vertretung in Brüssel

Association des Chambres de Commerce et d'Industrie Allemandes | Vereniging van de Duitse Kamers van Koophandel en Nijverheid
Association of German Chambers of Industry and Commerce (DIHK e.V.) | 19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Brüssel
Tel. ++32-2-286-1611 | Fax ++32-2-286-1605 | Redaktion: Susanne Schraff | E-Mail: schraff.susanne@dihk.de | www.dihk.de

Inhaltsverzeichnis

Editorial	2
Europäische Kommission organisiert sich neu.....	2
Wirtschaftspolitik	3
EU-Kommission legt Bewertung der Lissabon-Strategie vor.....	3
Finanzen	4
EU-Finanzminister verlangen stärkere Anstrengungen von Griechenland.....	4
Recht	4
EuGH: Richtlinie 2002/14/EG zwingt nicht zu verstärktem Kündigungsschutz für Betriebsräte.....	4
Umwelt	5
Über den europäischen Bodenschutz wird weiter heiß diskutiert.....	5
Auszeichnung Europäischer EnergieManager des Jahres wird erstmalig verliehen.....	5
Kurz notiert	7
Verheugen zum Honorarprofessor an der Europa-Universität Viadrina ernannt.....	7
EU-Kampagne gegen Cyber-Mobbing.....	7
Eurozone 2009: 22,3 Mrd. Euro Handelsbilanzüberschuss.....	8
Termine 2010	8
Sitzungen der EU-Institutionen.....	8
"Unternehmen Europa": Veranstaltungen der IHK-Organisation.....	8

Editorial

■ Europäische Kommission organisiert sich neu

Letzte Woche konnte die frischgebackene Kommission Barroso II nun endlich ihre Arbeit aufnehmen. Mit dreimonatiger Verspätung trafen sich die Kommissionsmitglieder zu ihrer ersten offiziellen Sitzung. Themen waren neben der EU 2020-Strategie auch die Zuständigkeiten und Verantwortungsbereiche der Kommissare: Es wurden zwei neue Generaldirektionen eingerichtet, für Energie und für Klima. Damit passt die EU-Behörde ihre Organisationsstruktur der neuen Ressortverteilung an.

Dem deutschen Energie-Kommissar Günther Oettinger arbeitet künftig die Generaldirektion Energie (GD ENER) zu, die die entsprechenden Dienststellen der früheren GD Verkehr und Energie (GD TREN) sowie die Energie-Taskforce der GD Außenbeziehungen umfasst. Damit ist Oettinger zukünftig nicht nur für alle Energiefragen der EU zuständig, sondern auch für die Energie-Außenbeziehungen – diese unterstanden bislang der Außenkommissarin Catherine Ashton. Geleitet wird die GD ENER von dem Briten Philip Lowe, der zuvor sieben Jahre Generaldirektor der GD Wettbewerb war.

Neu eingerichtet wurde auch die Generaldirektion Klimapolitik (GD CLIM), die der ersten Klima-Kommissarin Connie Hedegaard untersteht. Der Belgier Jos Delbeke führt als Generaldirektor die neue Verwaltungseinheit, in der die Klima-Zuständigkeiten der GD Umwelt, der GD Außenbeziehungen sowie der GD Unternehmen und Industrie zusammengeführt werden. Der verbleibende Teil der früheren GD TREN schließlich wird in die Generaldirektion Mobilität und Verkehr (GD MOVE) umbenannt und weiterhin von dem deutschen Generaldirektor Matthias Ruete geleitet.

Das Organisations- und Personalkarussell der EU-Kommission wird sich in den kommenden Wochen weiterdrehen, einige Posten müssen noch um- oder neubesetzt und der Internetauftritt der (neuen) Generaldirektionen aufpoliert werden.

(Gra)

Wirtschaftspolitik

■ EU-Kommission legt Bewertung der Lissabon-Strategie vor

Nicht alle Ziele werden erreicht

Die Europäische Kommission hat in einem [Arbeitsdokument](#) die Lissabon-Strategie, die in diesem Jahr ausläuft, evaluiert. Der Bewertung ist unter anderem zu entnehmen, dass die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) nur geringfügig gestiegen sind: von 1,82 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2000 auf 1,9 Prozent im Jahr 2008. Das festgelegte Ziel war, 3 Prozent des BIP für FuE-Ausgaben zu erreichen. Auch das zweite Hauptziel, das Beschäftigungsniveau auf 70 Prozent zu heben, wurde nicht erreicht – im Jahr 2008 belief sich die Beschäftigungsquote auf 66 Prozent.

Nach Meinung der Kommission wurden zwar positive Ergebnisse erzielt, z. B. durch den gezielten Einsatz von Mitteln aus den Strukturfonds, die zu mehr Investitionen in Wachstum und Beschäftigung führten, und der Konsens über notwendige Reformen in der EU stieg. Jedoch kam die Umsetzung der Reformen in den Mitgliedstaaten insgesamt nur langsam und uneinheitlich voran. Eine stärkere Kopplung der Lissabon-Strategie an andere EU-Instrumente sowie sektorspezifische Initiativen oder gezielte politische Maßnahmen hätte laut Kommission die Wirksamkeit verbessert. Im Hinblick auf die Wirtschaftskrise stellt die EU-Kommission außerdem fest, dass die Lissabon-Strategie nicht das nötige Instrumentarium umfasste, um einige der Ursachen der Krise von Anfang an bekämpfen zu können.

In den Mitgliedstaaten herrschende Unterschiede bei der Eigenverantwortlichkeit und insgesamt schwache Governance-Strukturen haben aus Kommissionssicht die Umsetzung der Strategie beeinträchtigt. In einigen Mitgliedstaaten bewirkten die von der Kommission jährlich ausgesprochenen länderspezifischen Empfehlungen weder politische Debatten noch wirksame Folgemaßnahmen. Schließlich wurde die mangelhafte Kommunikation über die Ziele und Erfolge der Strategie in der vorgelegten Evaluierung als Schwachstelle identifiziert.

(Bor, Le)

Finanzen

■ EU-Finanzminister verlangen stärkere Anstrengungen von Griechenland

Eurozone stabilisieren

Das Treffen der EU-Finanzminister am 16. Februar 2010 in Brüssel stand ganz im Zeichen der griechischen Budgetsituation: Die Finanzminister der Euro-Gruppe haben bei ihren Treffen von Athen einen verschärften Sparkurs gefordert. Ihr Vorsitzender Jean-Claude Juncker erklärte, die griechische Regierung solle über zusätzliche Maßnahmen mit der EU-Kommission verhandeln. Athen muss seine Ausgaben radikal kürzen und z.B. die Verbrauchssteuern erhöhen. Die Finanzminister sehen in dem Sparplan der griechischen Regierung zwar einen Schritt in die richtige Richtung. Sie verlangen allerdings, dass das staatliche Defizit bis 2012 unter die von Brüssel vorgegebene Drei-Prozent-Grenze des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gedrückt wird. 2010 soll das Defizit von 12,7 auf 8,7 Prozent sinken.

Beim nächsten ECOFIN am 16. März 2010 muss Athen berichten, wie weit es mit der Durchführung seines Sparplans gekommen ist.

(Per)

Recht

■ EuGH: Richtlinie 2002/14/EG zwingt nicht zu verstärktem Kündigungsschutz für Betriebsräte

Weites Ermessen bei der Umsetzung

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 11. Februar 2010 entschieden, dass Art. 7 der Richtlinie 2002/14/EG ([EUR-Lex - 32002L0014 - DE](#)) weder nach seinem Wortlaut noch nach Sinn und Zweck so auszuulegen sei, dass Arbeitnehmervertretern ein verstärkter Kündigungsschutz gewährt werden müsse.

Im Rahmen eines Vorabentscheidungsverfahrens hat der Gerichtshof klargestellt, dass die Mitgliedstaaten entsprechend Art. 7 der Richtlinie 2002/14/EG sicherzustellen haben, dass Arbeitnehmervertreter „bei der Ausübung ihrer Funktion einen ausreichenden Schutz und ausreichende Sicherheiten genießen, die es ihnen ermöglichen, die ihnen übertragenen Aufgaben in angemessener Art und Weise wahrzunehmen“. Insoweit hätten die Staaten lediglich Mindestvorschriften zu schaffen, die einen allgemeinen Rahmen für den Schutz der Arbeitnehmervertreter begründen. Ein verstärkter Kündigungsschutz gegenüber anderen Arbeitnehmern sei nicht erforderlich. Die Mitgliedstaaten hätten ein

weites Ermessen bei der Umsetzung der Richtlinie. Diese müssten aber – insbesondere durch Ermöglichung einer gerichtlichen Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Kündigung – entsprechend Art. 8 der Richtlinie Mechanismen zu schaffen, um die ordnungsgemäße Umsetzung der Richtlinie zu überprüfen und gegebenenfalls begangene Verstöße wirksam zu sanktionieren. Insbesondere dürfe einem Arbeitnehmervertreter nicht wegen dieser Eigenschaft oder einem in diesem Zusammenhang ausgeübten Funktion gekündigt werden.

Weiterhin entschied der EuGH ebenfalls in diesem Verfahren aufgrund einer anderen Vorlagefrage, dass die Richtlinie durch Vereinbarungen zwischen Sozialpartnern umgesetzt werden könne. Es müssten aber auch in diesem Fall nicht gewerkschaftlich organisierte Betriebsräte vom Schutz der Richtlinie profitieren können. Weitere Einzelheiten sind unter [EUR-Lex - 32002L0014 - DE](#) nachzulesen.

(Cl, Rp)

Umwelt

■ Über den europäischen Bodenschutz wird weiter heiß diskutiert

Konkrete Schritte erwartet

Seit im Dezember 2007 die Bodenschutzrahmenrichtlinie ([KOM \(2006\) 232 endg.](#)) von einer Sperrminorität aus fünf Mitgliedstaaten im Rat blockiert wurde, ist unklar, wie es mit dem europäischen Bodenschutzrecht weiter geht. Mehrere Kompromissvorschläge wurden seither vorgelegt; keiner von ihnen fand jedoch eine Mehrheit unter den Mitgliedstaaten.

Nun hat die spanische Ratspräsidentschaft angekündigt, den Vorschlag einer EU-Bodenschutzrahmenrichtlinie wieder aufzugreifen. Unterstützung erhält sie vom neuen Umweltkommissar Potočnik, der bei seiner Anhörung im Januar 2010 den Vorschlag für eine Rahmenrichtlinie zum Bodenschutz zu einer seiner Prioritäten erklärte. Das Zurückziehen der Richtlinie schloss er mit dem Argument aus, das Subsidiaritätsprinzip sei für ihn kein Vorwand für Untätigkeit. Der Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) kam in seinem [Berichtsentwurf über das Weißbuch der Kommission „Anpassung an den Klimawandel: Ein europäischer Aktionsrahmen“ vom 11.12.2009](#) zu derselben Einschätzung. So sehen die Parlamentarier in einer Richtlinie ein wichtiges Instrument gegen die Bodenverschlechterung. In dem Berichtsentwurf fordert der Unterausschuss die Mitgliedstaaten sogar nachdrücklich auf, die Annahme einer Bodenrichtlinie voranzubringen.

Die EU-Kommission stützt ihr Vorhaben neuerdings vor allem auf die Wechselwirkung Bodenschutz und Klimawandel. Hierzu hat sie im März 2009 eine [Pressemitteilung](#) anlässlich der Veröffentlichung des [Berichts „Review of existing information on the interrelations between soil and climate change“ – CLIMSOIL](#) herausgegeben.

Die ablehnenden Staaten Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Niederlande, Österreich und inzwischen auch Malta haben in den ersten beiden Ratsarbeitsgruppen des Jahres 2010 ihre Haltung bekräftigt. Das Bundeswirtschaftsministerium hatte zudem einen [Forschungsauftrag](#) zu den Kosten einer EU-Bodenschutzrahmenrichtlinie ausgeschrieben, deren Ergebnisse bis Ende Juni 2010 erwartet werden.

Gerüchten zufolge will die spanische Ratspräsidentschaft in der nächsten Sitzung des Ausschusses der Ständigen Vertreter Ende Februar/Anfang März 2010 einen Kompromissvorschlag vorlegen.

Der DIHK hat seine ablehnende Haltung zur Richtlinie zuletzt in dem [Thema der Woche „EU-Bodenschutzrahmenrichtlinie: Subsidiaritätsprinzip ernst nehmen!“](#) bekräftigt.

(TO, Wus)

■ Auszeichnung Europäischer EnergieManager des Jahres wird erstmalig verliehen

Beitrag zur Energieeffizienz und Kostensenkung

Die Auszeichnung Europäischer EnergieManager des Jahres wird auf nationaler Ebene vom DIHK im Rahmen der Partnerschaft für Klimaschutz, Energieeffizienz und Innovation sowie auf internationaler Ebene im Rahmen der 2. internationalen Konferenz für Europäische EnergieManager am 28./29. April 2010 in Wien durch das EUREM-Konsortium vergeben. Mit dieser Auszeichnung, die erstmalig verliehen wird, sollen herausragende Projektarbeiten von Absolventen des Lehrganges Europäischer EnergieManager geehrt werden. Zugleich soll das Qualifizierungskonzept in der Öffentlichkeit bekannter gemacht werden und Unternehmen dazu angeregt werden, selbst auch kompetente Mitarbeiter zu EnergieManagern nach dem EUREM-Konzept weiterzubilden zu lassen. Das ePortal EnergieManager-Forum gibt unter anderem einen Überblick über die anbietenden IHKs und Bildungsträger.

In der Vergangenheit haben bereits hundertfach Absolventen des Lehrganges Europäischer EnergieManager bewiesen, dass durch persönliches Engagement eines Mitarbeiters für Unternehmen ein erheblicher Beitrag zum effizienteren und kostensparenderen Nutzen von Energie

leistbar ist. Damit wird auch ein aktiver Beitrag zum Klimaschutz geleistet.

(pet)

Kurz notiert

■ Verheugen zum Honorarprofessor an der Europa-Universität Viadrina ernannt

Günter Verheugen, bis vor wenigen Tagen Vizepräsident der Europäischen Kommission in Brüssel, wurde am 15. Februar 2010 vom Präsident Dr. Gunter Pleuger zum Honorarprofessor an der Europa-Universität Viadrina ernannt. 1991 wurde die Europa-Universität als Brückenuniversität zwischen West- und Osteuropa wieder gegründet. Hier wird Verheugen ab dem Sommersemester Vorlesungen zum Thema "Europäisches Regieren" halten. Anlässlich der Aufnahme seiner Lehrtätigkeit hält Verheugen im April seine feierliche Antrittsvorlesung.

■ EU-Kampagne gegen Cyber-Mobbing

Unter dem Motto: „Denk bevor Du ‚postest‘“ fand der [Safer Internet Day](#) in Straßburg statt, der die Internet-Benutzer weltweit für einen sicheren Umgang mit dem Netz sensibilisieren sollte. Mittlerweile ist fast jeder fünfte Europäer auf Facebook mit einem Profil vertreten, in Deutschland haben 6,6 Millionen Menschen nach Angaben der Firma ein Facebook-Profil.

EU-Kommissarin Viviane Reding sagte, dass die meisten der Jugendlichen mit Internetzugang „enthusiastische Nutzer von Internet-Netzwerken“ seien. Aber die Jugendlichen seien sich „nicht immer des Risikos bewusst, dass sie im Netz die Kontrolle darüber verlieren können“, wer ihre Bilder und Videos zu sehen bekommt.

Laut einer [Studie](#), die für die EU-Kommission durchgeführt wurde, geben je nach Land ein Drittel bis die Hälfte der Jugendlichen an, bereits Opfer von Cyber-Mobbing im Internet oder per SMS geworden zu sein. Im vergangenen Jahr haben ein Reihe von Internetfirmen, darunter Facebook, StudiVZ, Myspace und Google einen von der Kommission vorgeschlagenen Verhaltenskodex unterzeichnet, der vor allem Minderjährige beim Umgang mit den sozialen Netzwerken schützen soll.

■ Eurozone 2009: 22,3 Mrd. Euro Handelsbilanzüberschuss

Nach den ersten [Eurostat-Schätzungen](#) ergab sich für die Eurozone im Dezember 2009 ein Überschuss von 4,4 Milliarden Euro im Handel mit der übrigen Welt, gegenüber einem Minus von 1,8 Milliarden Euro im Vergleichsmonat des Vorjahres. Die Ausfuhren nahmen (saisonbereinigt) im Vergleich zum November 2009 um 3,1 und die Einfuhren um 1,7 Prozent zu. Die gesamte EU wies nach ersten Schätzungen im Dezember 2009 ein Handelsbilanzdefizit von 2,5 Milliarden Euro auf, gegenüber einem Minus von 11,3 Milliarden Euro im Dezember 2008. Exportiert wurde (saisonbereinigt) im Vergleich zum November 2009 um 2 und importiert um 0,5 Prozent mehr. Im Jahr 2009 erzielte die Eurozone einen Handelsbilanzüberschuss von 22,3 Milliarden Euro, gegenüber -54,7 Milliarden im Jahr 2008. Die EU-27 verzeichnete ein Defizit von 105,5 Milliarden gegenüber -258,4 Milliarden Euro im Vorjahr.

Termine 2010

■ Sitzungen der EU-Institutionen

22.- 26. Feb. [Agenda zu den Sitzungen der EU-Institutionen](#)

22. - 26. Feb. Ausschusssitzungen und Miniplenium des EP in Brüssel

01. Jan - 30. Juni [Spanische EU-Ratspräsidentschaft](#)

■ "Unternehmen Europa": Veranstaltungen der IHK-Organisation

22. Februar IHK Südwestsachsen Chemnitz-Plauen-Zwickau: Veranstaltungsort Chemnitz: „Beratungstag Norwegen“
Ansprechpartnerin: Birgit Voigt, Tel.: 0371 6900-1242

22. Februar IHK Südwestsachsen Chemnitz-Plauen-Zwickau: Veranstaltungsort Chemnitz: „Beratungstag Schweden“
Ansprechpartnerin: Birgit Voigt, Tel.: 0371 6900-1242

23. Februar IHK München: „Verkaufserfolg in Frankreich“
Ansprechpartnerin: Sabine Kühnert, Tel.: 089 5116-645

25. Februar IHK Südlicher Oberrhein / Freiburg: „Wachstumsmarkt
Italien: Erneuerbare Energien und Energieeffizienz“
Ansprechpartnerin: Petra Steck-Brill, Tel.: 07821 2703-690

2.-3. März IHK Ostwestfalen zu Bielefeld: „Italien und Spanien –
In-House-Beratung“
Ansprechpartner: Jens Heckerroth, Tel.: 0521 554-250

Verantwortlich für die Endredaktion: Susanne Schraff (Sr)

Ansprechpartner für die einzelnen Beiträge: Bor= Dr. Sara Borella; Cl= Jochen Clausnitzer; Gra= Corinna Grajetzky; Le= Dr. Susanne Lechner; TO= Timo Olbert; Per= Malte Pereira; pet= Christoph Petri; Rp= Hildegard Reppel-mund; Wus= Dr. Bettina Wurster